

Kieler Rundschau

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Zeitungsbändchen und in allen Buchen erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Besitzpreis monatlich 10 Pfennig (halbmonatl. 10 Pf.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Belehrungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17290 / Postleitzettel Nr. 18600, Dresden-21 / Verlagsstelle: Güterbahnhofstr. Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17290 / Drahtanzeige: Arbeitskammer: Arbeitskammer Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuvalutete Kommerzialese oder deren Raum 0,30 RM. für Anzeigen 0,20 RM. für die Anzeigeseite anliegend an den dreipäpstigen Teil einer Zeitschrift 1,25 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeitskammer" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Auslieferung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dienstag, den 24. Mai 1927

Nummer 120

Der KPD-Parteitag in Kiel

Koalitionsbereit — staatserhaltend

Kein Platz für die Opposition.

R.R. Der Kieler Parteitag der SPD zeigt der gesamten Arbeiterschaft mit aller Deutlichkeit, daß die bisherige Politik der Koalition auch in Zukunft fortgeführt werden wird. Die Illusionen, insbesondere der ländlichen sozialdemokratischen Arbeiter, auf eine Eroberung und Umstellung der Partei, dürften schon jetzt zerstört sein. Wenige Tage vor dem Beginn des Parteitages hatte der „Linke“ Böthel einen Artikel veröffentlicht, in dem er an Loesche „Oppositionsfundgebungen“ anknüpfend erklärte, daß die SPD jetzt in die Opposition gehen werde. Hermann Müller hat auf dem Parteitag in Kiel die klare Antwort gegeben, die SPD war zur Mitverantwortung an der Regierung bereit. Auch weiterhin ist die SPD zur Koalitionspolitik bereit. Zu der am meisten in allen Anträgen diskutierten Frage, der Koalition in Preußen, die für die SPD-Arbeiter der Grabmesser der nächsten Politik ist, erklärte Müller, daß sie aus dieser Koalition freiwillig nicht herausgehen werden. Die Linie der SPD-Politik bleibt die alte. In die Opposition wollen die SPD-Führer nur gezwingt gehen. Die Taktik bleibt dann aber daraus abgestellt, wieder in die neue Regierung hereinzukommen. Die staatserhaltende Politik auf dem Boden der kapitalistischen Republik mit Rücksichten um Ministerjessel, das ist das WENN und Aber aller politischen Kunst der SPD.

Das wurde in den zwei Verhandlungstagen endgültig festgelegt. Darauf wird nicht gerüttelt. Was Müller politisch ausführte, wurde durch Otto Wels in dem Bericht des Parteivorstandes nochmals besonders unterstrichen. Mit aller Brutalität erklärte Wels den „Linken“, daß es „ein Heimatsrecht für die Opposition in der Partei nicht geben dürfe“. Gegen die SUZ soll mit aller Schärfe vorgegangen werden. Lenis Korrespondenz wurde mit aller Schärfe abgelängt. Die „Linken“ selbst aber, sie werden auf dem Parteitag nicht stark in Erscheinung treten. Besonders jetzt, nachdem Wels ihnen angekündigt, daß sie herausfliegen werden, wenn sie nicht brauchen, werden sie nicht den Mut zu einer Auseinandersetzung haben, aber auch nicht den Willen. Ein paar Niederslagen müßten die „Linken“ schon einstecken, bevor sie überhaupt zu Wort kommen. Man wählt keinen von ihnen in den Vorstand. Das Referat, das Levi über den Imperialismus halten wollte, das die Opposition forderte, wurde abgelehnt. Hermann Liebmann sprach dann für die ländlichen Linken. Keine scharfe Kritik an den ländlichen und grundlegenden Dingen, sondern Liebmann jammerte nur darüber, daß der Parteivorstand brutal gegen die „Linken“ vorgehe. Er verwies auf die Verdienste der Linken, die in kritischen Zeiten die oppositionellen Arbeiter an die Partei gefestigt haben. Niemand könne eine Opposition dulden, die eine Organisation schaffe, auch die „Linken“ feiern gegen eine solche organisierte Opposition. Liebmann schlägt damit die SUZ, die Rodecker und Außlanddelegierten ab. War es doch der „Linke“ Flechner, der den Ausdruck der westfälischen SUZ-Opposition durchführte. Das, was er zur Kritik an der Preußenkoalition lagte, war sehr schwach.

Der Parteivorstand schickte gegen Liebmann den preußischen Ministerpräsidenten Braun vor. Braun hielt den „Linken“ ihre Sünden vor. Rosenfeld habe als preußischer Justizminister das Vermögen der Hohenzollern sichergestellt. Die Linken in Sachsen haben der Abfindung der Weltiner zugestimmt. Dass Braun dabei, das alte, von den „Linken“ selbst erfundene Märchen über die Haltung der Kommunisten bei der Weltinerabfindung wieder aufwörtert, hat nicht viel zu sagen, das wurde oft genug richtiggestellt.

Das Wichtigste für die ländlichen oppositionellen SPD-Arbeiter, was der Parteitag bisher schon ergeben hat, ist, daß die rechte Führerclique den Parteitag beherrschte, die Koalitionspolitik im vollen Umfang weitergeführt wird. Die Kommunisten haben das zwar von Anfang an betont, die SPD-Kollegen wollten uns das aber nicht glauben, sie hatten Illusionen auf die Eroberung der SPD.

Welche Rolle spielen nun die Linken gegenüber den SPD-Arbeitern in Sachsen? Sie übernehmen die Aufgabe, abzumildern und zu beschönigen. In einer Plut nicht sagender Redensarten sollen die ländlichen Bergänge von Kiel verschleiert werden. Mit einem solchen Verlauf des Parteitages hatten sich die Linken schon abgefunden. Sie verzögerten sich hinter die momentane, aufgezwungene Oppositionsstellung im Reich. Am Sonnabend schon kündete die Volkszeitung an:

„Es ist unwahrscheinlich, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag, der morgen in Kiel beginnt, schwere Gegenseiter hervortreten.“

Zu der umstrittenen preußischen Koalition, gegen die Herm. Flechner und Böthel noch kurz zuvor heftige

Wels droht der Opposition Schwarze Stellung gegen die SUZ / Schwache Haltung der Linken

Kiel, 24. Mai.

Am Anfang des ersten Sitzungstages vor Beginn des Beirates des Parteivorstandes erfolgten die Begrüßungsansprachen. Es sprach der russische Menschewik Abraamowitsch. Der erklärte, daß er von keinen Erfolgen seiner Partei berichten könnte. In ihren Prophezeiungen sind die Menschewiks vorzüglich geworden. Abraamowitsch erzählte diesmal nichts vom Untergang des Bolschewismus, sondern spricht nur von einer kleinen Auseinandersetzung zwischen dem polnischen Vertreter Chapinski und Loesche davon, daß alle Beziehungen zwischen Land und Polen friedlich geregelt werden könnten. Der erste Schritt zur Annäherung sei der Abschluß eines Handelsvertrages. Wichtig war die Antwort von Wels auf Abramowitsch, die eine formulierte Stellungnahme des Parteivorstandes zur Interventionstaktik enthielt. Wels erklärte: Wir werden alles tun, das der englisch-russische Gegenzirk nicht auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wird. Die außenpolitische Gefahr kann der russische Bolschewismus nur abwenden, wenn er die bisherrige Taktik des Terrors aufgibt und sich zur Demokratie bekennt. Nur auf diesem Wege kann die russische Regierung eine zehnjährige Unterstützung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Europas erhalten. — Man sieht, daß die sozialdemokratischen Altkämpfer angeklagt der internationalen Kriegsgefahr geworfen sind, ihre antibolschewistische Politik vor den Massen durch einige Phrasen zu verschleiern. Nach der Bekanntgabe des mediterranen Wahlgebißes erstaute Wels den politischen Beirat des Parteivorstandes. Er erklärte einstimmig, daß die grundlegenden und tiefsten Fragen im Referat Hirschberg behandelt würden. Die Taktik des Parteivorstandes im Hirschberg habe verhindert, daß ein Ablauf durch die Partei gegangen sei. Der Abschluß des Hohenzollernvergleichs bedient die Flucht des preußischen Staates vor den preußischen Räubern. Es war unmöglich, daß die sozialdemokratische Bandesfraktion die preußische Regierung stürzte. Diese Regierung habe verhindert, daß 1923 Deutskind ins Dunkel geführt sei. Das Zusammensetzen von Hohenzollernvergleich und Werbemöglichkeiten gab die Möglichkeit, den Stich aufzufangen, der aus dem Widerspruch breiter Volkskreise gegen die Politik der Partei entstand. Zum Sachsenkonflikt bedauert Wels, daß es nicht möglich war, die Einheit aufrechtzuhalten. Gegenüber einem Leipziger Antrag, der das Auftreten Grisebachs beim Tode des Generals Weißberg für unwürdig verurteilte, erklärte Wels, daß die Minister der Partei nicht vogelfrei seien. Er fragt: Haben wir die Arbeit unserer Gegner zu befürworten? — Die oppositionellen Anträge würden in der kommunistischen Presse abgedruckt. Gleichzeitig macht Wels einen scharfen Angriff auf Levi, dessen Korrespondenz eine Zeitung geworden sei. Wo nehmen diese Leute die Verachtung der demokratischen Partei zu spielen? Die Partei darf nicht der Dichtmantel für andere Ablichten sein, die von außen in die Partei hineingezogen werden.

In der Partei könne es kein Heimatsrecht für eine geschlossene Opposition geben.

Wels schlägt dann eine Sanktion der Friedensgesellschaft unter dem Vorstoß eines Sozialdemokraten, in der mit der Gründung einer neuen Partei gedroht werden sei. Er wendet sich gegen die Teilnahme von Sozialdemokraten an dieser überparteilichen Organisation. Man spürt überall die Spuren von Moscou. — Die Frage nach dem mangelnden Nachwuchs der Partei sucht er damit zu beantworten, daß die Partei bisher die jungen Kräfte dem Reichsbanner überlassen mußte. Jetzt sollte man die Reichsbanner und Arbeiterpartei in die Partei hineinführen. Die Jungsozialistische Bewegung sei immer noch von Richtungstreit betroffen. Der Parteivorstand hat die Reichsleitung der Jungsozialisten dem Zentralbildungsausschuß unterstellt. In der SUZ mußte ein scharfer Schritt gemacht werden. Ausführlich behandelt hierauf Wels die zahlreichen Beamtenanträge. Der Streit zwischen den beiden Beamtenorganisationen habe sich verschärft. Der Parteivorstand verfügte, alle Anträge abzulehnen, die den Austritt aus dem DBB verlangen. Wels schlägt eine Entschließung vor, in der gesagt wird, daß diejenigen Mitglieder der SPD die es ablehnen,

Angriffe in der Volkszeitung erhoben, schrieb diese Volkszeitung am Sonnabend nur noch ganz zähm:

„Wir wissen, daß unsere dortige Landtagsfraktion für ihre Haltung gewöhnliche Gründe anführen kann, denn die Regierung des größten Bundesstaates ist eine Position von ungeheurer Bedeutung, aber der Parteitag wird zu prüfen haben, ob die Rechte dieser Koalition nicht dort die Vorstufe überwiegeln.“

Schon hier legten die „Linken“ wieder einmal ihr grundlegendes Bekenntnis zur Koalitionspolitik ab. Die preußische Taktik scheint ihnen nur nicht geeignet, die Massen zu halten. Das war auch der Grundton der Liebmannschen Kritik in Kiel. Die Rechten antworteten den Linken darauf mit Spott und Hohn. Die Häßlichkeit wird der Lächerlichkeit preisgegeben.

Aber auch die Berichterstattung über den Auftritt zum Parteitag haben die „Linken“ zum Gang der Arbeiter in Sachsen abgestellt. Die ländlichen Arbeiter stehen und drängen zur roten Fahne. In Kiel aber legte die SPD ein Bekenntnis zur schwarzen-rot-goldenen Republik ab. Der „Volksstaat“ berichtet über die Auseinandersetzung:

aus dem DBB auszutreten, in der Partei nicht benachteiligt werden dürfen. Nachdem Wels die Unmöglichkeit der Schaffung eines beliebten Berliner Volksblattes erklärt, geht er zu einer These gegen die KPD über. Er erklärt, die KPD sei eine Kriegsercheinung. Die wahre Mitgliederzahl der KPD betrage 88.000. Von jeher deutliche Zeichen des Verfalls. Die militärische Reaktionsschwäche, mit der die Kommunisten auf ihrem letzten Parteitag einen 20jährigen Kämpfer als Sozialdemokrat lobuliert aufzutreten scheinen, ist nur ein Kampfmittel für politische Kinder. Die Einheitlichkeit sei für die Kommunisten selbstverständlich nur ein Wandober, die Sozialdemokratie zu wollen und zu schwächen. Je mehr Jahre ins Land gingen, desto weiter rückte die Möglichkeit einer Einigung mit den Kommunisten. Der vorsichtige Kubel von Rosenthal sei die einzige Kraft, die die kommunistische Bewegung in Gang erhält. — Wels wendet sich dann gegen den Bremer Antrag, der die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Bezirke und Kubewitsch-Dekrete verlangt. Die beherrschende Tendenz des Parteivorsitzenden war darauf gerichtet, neben der Hölle gegen die Kommunisten zu verkehren, die Opposition lächerlich zu machen und zu diskreditieren, gleichzeitig jedoch den Anteil zu erwischen, als ob die SPD geschlossen sei. Doch zeigen gerade die Neuerungen von Wels, daß die Kästen innerhalb der SPD kein Hohberg nicht schwächer geworden sind, sondern sich verschärft. In keiner ganzen Rede mußte Wels sich mit Angriffen auf den Parteivorstand auseinandersetzen. Er war sogar gewungen, sich mit offenen Spaltungsbünden zu beschäftigen.

Nach dem politischen Bericht gab der Kästen zu Wels den Kassen- und Organisationsbericht. Zu der Fortsetzung, daß die besserstellten Parteigenossen zu höheren Parteibefähigungen heranreifen ließen, erklärte er, die Partei werde von Gründung des einheitlichen Parteibefähigungsberichtes nicht absehen. Erstrebte Befähigungen vorzunehmen, wie es in verschiedenen Untergremien gefordert wurde, seien abschreckend. Nach der Mittagspause sprach Schulz über die Bildungsarbeit und über die Gründung einer sozialistischen Kulturgemeinde, er vergaß völlig die Konkordatsfrage. Frau Jacob brachte die auf Parteitagen üblichen Fragen und Wünsche der Frauen vor. Als erster Diskussionsredner zum Vorstandsbereich sprach Rosenthal. Er weist die Angriffe von Wels auf die Meinungsfreiheit und die Postkorrespondenz zurück und verlangt, daß die Meinungsfreiheit für die Opposition auch im Vorwärts hergestellt wird. Unter Ichthiam Beifall behauptet er, daß die Postkorrespondenz notwendig sei. Er schlägt vor, daß der Parteivorstand eine Landesfrage vornehme, wie viele Genossen auch nur einen Artikel der „Gesellschaft“ gelesen haben. Rosenthal verwehrt sich gegen die demagogischen Angriffe von Wels. Eine Rosenthaler Billstatur gebe es für sie nicht, auch nicht, wenn sie von Wels kommt. Kästen-Lerche begründet einen Antrag, der ein Volksorgan für die Berliner Organisation verlangt, nicht aber dann infolge des Deutschen von Wels den Berliner Antrag zurück um die Durchführung den Parteinständen zu überlassen. „Ich habe mich stets gegen die linken organisatorischen Zusammenfassungen gewandt, aber wie können organisatorische Zusammenfassungen von rechts herstellen. Die Organisation für Republik und Sozialismus unter Führung von Kästen heinrich ist eine der organisatorischen Zusammenfassungen der rechten Opposition.“ Kästen wendet sich gegen die Sanktion der preußischen Landtagswahl im Hohenzollernvergleich. Liebmann (Sachsen) erläutert: Der Parteivorstand hat heute das Stichwort ausgesetzt: Kampf gegen die Opposition. Es sind deutliche Zeichen dafür vorhanden, daß der Parteivorstand die Meinungsfreiheit ausschließlich bedroht. Der Beweis ist der Fall Halle. Der Parteivorstand bereitet die Verstärkung aller Gewaltkäste vor, damit er in die Redaktionen Leute lehnen kann, die ihm politisch genehm sind. Wir wollen nicht vergessen, daß die Opposition sehr oft die breiten Massen bei der Partei gehalten hat. Otto Bauek verteidigt den Hohenzollernvergleich. „Es gibt keine Meinungsfreiheit an und für sich, sondern nur für die Partei. Das bedeutet, daß öffentliche Auseinandersetzungen eine gewisse Einschränkung erfordern. Sachsen ist das Schlußpiel dafür, wie es nicht gemacht werden soll.“

Die Farben, unter deren Zügen der Parteitag steht, sind — zum erkennbaren Ärger der ländlichen Delegation — Schwarz-Rot-Gold, nicht Rot. Das ist immerhin symbolisch.

Der Dresdner Anziger berichtet aus Kiel:

„Alle hundert Meter sind große Schwarz-rot-goldene Megaphone aufgestellt, die die Richtung nach dem Gewerkschaftshaus und der Legienstraße und weiter nach der Nordostecke zeigen. Aber auch Rahmen steht man genug; wenige zwar nur in den großen Straßen, aber in der Gegend der sogenannten Taunusgasse hängen sie in dichten Reihen. Schwarz-rot-gold sind sie immer. Rose Fahnen steht man nur an einigen Stellen in der Legienstraße, und das beachtet der Sozialist, der nur die Demonstrationen der ländlichen Sozialdemokratie gewohnt ist, bemerkt vielleicht auch, daß bei den Umzügen, die sich zur Eröffnung des Parteitages zur Nordostecke bewegen und die große Menschenmasse auf die Beine treten, sogar einmal der bekannte Marsch gespielt wurde, der auf das Deutschlandlied endet. Ob die ländlichen Linken sozialistischen Einflüssen in dem als Ausgangspunkt der Revolution gesehenen Kiel nicht etwas entgegenstehen.“

Die Sachsen-delegation scheint aber seltsam eingeschüchtert zu sein, sie hatte den ländlichen Dichter Barthel

beauftragt, einen Artikel zu schreiben, und in großer Schlagzeile verkündet die Volkszeitung: „Rote Fahnen in Kiel.“ Doch selbst Barthel, der nicht von Politik, sondern von Schiffen, Wästen, Kränen und Spiel und Tanz, von Bars, Singpielhallen, Cafés, Bierkneipen und Hurenengassen schreibt, muß zugeben, daß nur am Empfangshaus und in den Arbeitervierteln einige rote Fahnen sind. Rote Fahnen, wo die Arbeiter noch an die SPD glauben, aber dort, wo der offizielle Schmuck hängt, da ist Schwarz-Rot-Gold die Farbe. Das ist tatsächlich symbolisch. Das ist gleich dem durch alle Reden gehenden Bekenntnis zur Mitarbeit mit Hindenburg und Keudell. Daneben geht die wütige Heze gegen die Kommunisten und die Drohung gegen die Opposition. Die „Linken“ befennen sich in Kiel grundlegend zu dieser Politik. Sie bitten nur um geschicktere Verfehlung.

Das müssen die sächsischen Arbeiter schon jetzt erkennen. Die SPD-Arbeiter auf dem Landeskongress der Werkstätigen, die sozialdemokratischen Arbeiter haben eine wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen gefordert. Sie verlangen die Einigkeit mit den revolutionären Arbeitern. Aber schon jetzt steht fest, die „Linken“ werden diese Forderung nicht vertreten. Die Arbeiter werden aus dieser Haltung die Konsequenzen ziehen. Kiel wird zur Klärung für viele Arbeiter ein gutes Teil beitragen.

Die Streikbewegung in der AEG

Die Apparatebau- und Mechanismensabriken der AEG sind heute auf Grund der Ankündigung der Direktion geschlossen worden, da die streikenden Werkzeugmacher sich nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit bereitgestanden hatten. Die Zahl der ausgesetzten Arbeiter beträgt nach Angabe der Werksleitung etwa 2500.

Während die Streik- und Ausstandsbewegung in den Betrieben AEG-Betrieben droht, die ca. 50.000 Mann starke Belegschaft zu erfassen, ist es den reformistischen Führern gelungen, eine Einigungsbasis mit den Metallindustriellen zu finden. Statt der geforderten 15 und 17 Pf. sollen nach der arbeitsgemeinschaftlichen Regelung die Werkzeugmacher nur 10 Pf. pro Stunde erhalten. Die Unterhändler wollen dieses „Angesetz“ der Unternehmer damit abwehren, indem sie es der Gesamtbelegschaft präsentieren. Auf diese Weise hofft man einer Gewissensauflösung aus dem Wege zu gehen. Dieser unter günstigen Voraussetzungen begonnene Riesenkampf soll nun ebenfalls der arbeitsgemeinschaftlichen Praxis geopfert werden.

Bricht London mit der Sowjetunion?

Der etappenweise Abbruch soll beginnen. — Sieg der Diehards im englischen Kabinett?

London, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

In gutunterrichteten Parlamentskreisen wird verlautet, daß das englische Kabinett in seiner gestern stattgefundenen Sitzung beschlossen habe, den Bruch mit der Sowjetunion etappenweise zu vollziehen, und zwar zunächst die wirtschaftlichen Beziehungen abzubrechen.

Nach dieser Meldung ist die Frage des Abbruchs der englisch-russischen Handelsbeziehungen, wenn nicht gar der diplomatischen Beziehungen überhaupt, in das entscheidende Stadium getreten. Es scheint, als ob die Diehards trotz ihrer Blamage bei der Durchführung der Londoner Handelsvertretung ihre Forderung auf Abbruch der Beziehungen mit der Sowjetunion durchgelehrt haben. Die Meldung läuft als wahrscheinlich erkennen, daß die in der englischen Bourgeoisie auf eine sofortige Entwicklung drängende Richtung über die zogende — ein grundlegendes Unterschied bestand zwischen beiden niemals — die Überhand gewonnen hat. Es kann nunmehr wohl als feststehend angeschaut werden, daß die leichte Londoner Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Briand zu einer vollständigen Vereinbarung über die Frage eines gemeinsamen Aufstreiks Englands und Frankreichs gegen Sowjetrußland geführt hat, als dessen Auswirkung nun der Londoner Kabinettsabschluß angeleitet werden muß. Wenn der Abbruch der Beziehungen nun etappenweise geschehen soll, so ist darin nur die Absicht zu erkennen, die Kriegsschäfte zu verschletern, die Sowjetunion aufs neue zu provozieren, um die Schuld für den drohenden Konflikt auf die Sowjetunion abzuwälzen. In Verbindung mit dem bevorstehenden Abbruch der Beziehungen verdient die englische Flottendemonstration in den russischen Ostseegewässern eine besondere Beachtung.

Eine wesentliche Rolle bei den Plänen der englischen Imperialisten spielt die Haltung Deutschlands. Es ist selbstverständlich undenkbar, daß sich die Hindenburg-Regierung in Deutschland bei einem von den Imperialisten geplanten „Kreuzzug zur Rettung der Zivilisation“ gegen die Sowjetunion nicht in irgendeiner Weise beteiligen würde. Nur über den Kaufpreis für die deutsche Beteiligung können noch Meinungsverschiedenheiten bestehen.

In der deutschen Arbeiterschaft liegt es jetzt, die Anschläge und die Kriegspläne der internationalen Bourgeoisie gegen den einzigen Arbeiterstaat der Welt zu verteilen.

Ein Aufruf der KP Englands

London, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Kommunistische Partei Englands verbreitet einen Aufruf zu dem Überfall auf die AEGs, in dem es heißt:

„Die Kommunistische Partei Großbritanniens fordert die Arbeiter auf, ihren größten Protest gegen den Überfall auf die AEGs und auf die Sowjethandelsvertretung zum Ausdruck zu bringen und fordert, daß der Generalrat und die Leitung der Arbeiterpartei ihre Politik der Sabotage der Einheit zwischen den Arbeitern Großbritanniens und der Sowjetunion aufgeben. Zugleich fordern wir alle ernsthafte Kämpfer der Arbeiterbewegung auf, ihre Bemühungen im Kampfe für die unmittelbaren Vorbereitungen zu dem Generalstreik, gegen das Antigewerkschaftsgesetz, gegen die Kriegsbedrohungen der Sowjetunion und gegen die Baldwin-Regierung zu verstärken.“

Abschluß in Genf

Eine Erklärung Obolenski

Genf, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung)

In der geistigen Schlusselführung der Weltwirtschaftskonferenz gab der Russendelegierte Obolenski nach Annahme der schwedischen Resolution zur Verabsiedlung und Begrenzung der Rüstungen eine Erklärung ab, in der er nochmals scharf die grundlegende Einstellung der sowjetrussischen Delegation zur Weltwirtschaftskonferenz betonte. Die Sowjetdelegation sei der Auffassung, daß die Weltwirtschaftskonferenz zu einem Erfolg hätte führen können, wenn die russischen Vorschläge angenommen worden wären.

Die Vertreter der kapitalistischen Staaten hatten es jedoch vorgezogen, zur Lösung der Schwierigkeiten andere Wege zu suchen. Der Erfolg dieser Wege sei jedoch sehr zweifelhaft.

Bei der Abstimmung über den Gesamtbericht enthielt sich die russische Delegation der Abstimmung, weil sie den Anträgen nicht zustimmen könne, die darauf hinzielten, die Organe des Völkerbundes mit der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen zu beauftragen.

Obolenski betonte weiter, daß

die Sowjetregierung dem Völkerbund nicht beitreten werde. Der Völkerbund sei kein Friedensinstrument,

Gegen Imperialismus und Bürgerblock

Resolution des Kongresses der Werkstätigen

Die Bürgerblockregierung Marx-Keudell-Stroemann vertritt immer offener und schärfer die Interessen des Finanzkapitals auf Kosten der Arbeiterschaft und des gesamten werktätigen Volkes. Diese Politik ist gekennzeichnet durch gesteigerte Bereicherung und wachsende politische Unterdrückung. Die in den letzten Monaten etwas verbesserte Konjunktur hat zwar eine Senkung der Erwerbslosenziffer bewirkt, aber bei geheigerten Preisen ist das Elend der arbeitenden Klasse noch vermehrt worden. Mietpreiserhöhung und allgemeine Preissteigerungen haben neben Antreiberystem, Arbeitszeitverlängerung und Steuerdruck die Not und das Elend verschärft. Die Steigerung der Dauerszahlungen auf 2,5 Milliarden wird neue Steuer- und Zolllasten bringen. Die brutale Einschränkung der Artilerieförderung das für Jahrtausende von Erwerbslosen die Lage völlig unerträglich gestaltet. Die geplante Erhebung der Erwerbslosenversicherung trifft das gesamte Erwerbslosenheer von über 1 Million mit weiterer Kürzung der fürglichen Unterstützungsätze.

Die Bürgerblockregierung hat diese Maßnahmen gegen das arbeitende Volk verbunden mit der Verschärfung der politischen Unterdrückungsmaßnahmen. Nicht nur, daß die Klassenjustiz noch täglich ihre Opfer fordert und schwere Kerkerstrafen verhängt; durch das Schmugel- und Schutzgebot, durch das Lustbarfeiteis wird jeder Landes- und Ortsbehörde die Befreiung gegeben, die revolutionäre Auflösung unter der proletarischen Jugend zu verbieten und vollständig zu unterbinden. Weitere Schritte auf dem Wege der völligen politischen Enteignung werden der Reichskirchenkonsort, Reichschulgesetz, Reichsverein-

gesetz, Gesetz zur Durchführung des Artikels 48 usw. sein.

Die Bürgerblockregierung sieht damit das durch, was der Stahlhelm gelegentlich seines Aufmarsches am 8. Mai in Berlin forderte:

Schaffung einer starken Reichsgewalt, Verstärkung der Befreiung des Reichspräsidenten, Befreiung der Städte durch den Parlamentarismus.

Die Politik des Bürgerblocks läuft hinaus auf die Durchführung der offenen faschistischen Diktatur!

Der Kampf gegen das Trustkapital mit seiner brutalen Ausplünderei der werktätigen Massen muß zugleich gegen das fachistische Regime gerichtet werden.

Der Landeskongress lehnt die Aufmerksamkeit aller Werkstätigen nachdrücklich auf diese Notwendigkeit; er weist mit aller Dringlichkeit auf die Tatsache hin,

dah mit der gesteigerten Macht des Trustkapitals und mit dem Vordringen des Faschismus die Gefahr eines imperialistischen Krieges

immer drohender anwächst.

Die Verstärkung der Gegenläufe im imperialistischen Lager und das verzärtliche Vorgehen des britischen Imperialismus gegen die chinesische Volksrevolution und gegen die Sowjetunion werden vor der deutschen Bourgeoisie dazu ausgenutzt, die imperialistischen Ansprüche (Forderung von Kolonialmandaten und Interessengruppen, Aushebung der Rüstungsfrachten) anzumelden, um bei dem offenen Ausbruch von Konflikten das deutsche werktätige Volk als Kanonenfutter zu verbrauchen.

Die Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse und aller Werkstätigen muß angeglichen die Tatsachen im gemeinsamen einheitlichen Kampf unter revolutionärer Führung gegen die Diktatur der Trusts, gegen den Faschismus und gegen die imperialistische Politik durchgeführt werden. Jede offene oder stillsche Koalition mit der Bürgerblockregierung oder mit Parteien des Bürgerblocks regierung, jede Arbeitsgemeinschaft mit den Trustgewaltigen bedeutet Preisgabe der Interessen der arbeitenden Massen.

Der Landeskongress wendet sich gegen die SPD-Führung und den ADGB, die das Zustandekommen der einheitlichen proletarischen Kampffront und des Kampfsündnisses der Arbeiterklasse mit den übrigen werktätigen Schichten zu verhindern suchen. Sie besorgen damit nur die Geschäfte des Bürgerblocks.

Die Politik dieser reformistischen Führer ist um so eingeschworener zu verurteilen, als durch die fortwährende Teuerung die Lage der Arbeiter dauernd mehr verschärft wird, als gleichzeitig die günstigere Konjunktur die Möglichkeit erfolgreicher großer Kämpfe bietet und als die Gewerkschaftsführer auf Tarif- und Schiedsverträge ohne Kampf eingegangen sind, die langfristig laufen und die in Verbindung mit der Tenuenz noch stärker auf die Lebenshaltung der Arbeiter drücken.

Die SPD- und ADGB-Führer lehnen die Einleitung von Massenaktionen gegen das Arbeitszeitnotgebot ab, sie tun nichts gegen die Teuerung, gegen Zoll- und Steuerauflage, sie leisten dem Vordringen des Faschismus Vorarbeit (Stahlhelmaufmarsch). Es gilt, Schluß zu machen mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik, die reformistischen Führer müssen verschwinden. Die Arbeit der SPD und KPD müssen sich zusammenfinden, um gemeinsam die Gewerkschaften zu Kampforganisationen zu machen, um die notwendigen Kämpfe (auch gegen Tarife und Schiedsverträge) einheitlich und energisch vorzubereiten und durchzuführen, um die fachistischen Streikbrecherorganisationen zu vernichten, die Verhinderung der Arbeiterbewegung auf allen Gebieten zu verhindern, um die starke proletarische Klassenfront und das Kampfsündniß mit den übrigen werktätigen Schichten gegen den Imperialismus und seine fachistischen und reformistischen Helfer zu schaffen.

Die Landeskongresse appelliert an die sozialdemokratischen Arbeiter, sowie an alle Proletarier und an alle Ausgebütteten, Entrichteten, allen Widerständen zum Trotz, sich zum Kampf um die Tagesforderungen zusammenzuschließen und in der Einheitnis zu kämpfen.

dah erst der Sturz der Bourgeoisie und die Zerstörung ihres Machapparates die Möglichkeit bietet, die Wirtschaft im Interesse aller Schaffenden, d. h. auf sozialistischer Grundlage neu aufzubauen

und dah der Weltfriede erst gesichert ist, wenn in allen Ländern die Imperialisten gestürzt sind, so daß auf den Trümmern ihrer Macht die Friedwaffen vernichtet werden können.

Die Landeskongresse fordert alle Arbeiter und Werkstätigen Sachens auf, alles zu tun, um die Spitze des Bürgerblocks, des Trustkapitals, des Faschismus, und die Verwirrungsmanöver ihrer offenen und verdeckten Helfershelfer zurück zu machen.

Im Vordergrund der Massenaktionen müssen stehen: Der Kampf um Achtfeststundenarbeitszeit und Lohnverhöhung, für die Forderungen der Erwerbslosen, gegen steigende Teuerung, gegen Abbau der Sozialfürsorge, gegen die neuen Raubzüge auf Kosten der Werkstätigen durch Zoll- und Mietverhöhung, gegen alle verschärften politische Enteignung und Unterdrückung durch Vereinsgesetz, Reichschulgesetz, Reichskirchenkonsort.

Zur wichtigsten Durchsetzung der Forderungen und zur Steigerung der Massenaktionen bis zur Sturz des Bürgerblocks bedarf es der Stärkung aller Organisationen, die für die Kämpfe in Betracht kommen, insbesondere der freien Gewerkschaften und ihrer Ausgestaltung zu Kampforganisationen, durch Ausmerzung aller Flammacher, Verräter und Saboteure aus der Führung; dazu bedarf es des engeren Zusammenschlusses der verschiedenen Organisationen, um gegenstetig die Schlagkraft zu verstärken. Dazu bedarf es des festen Zusammenschlusses.

der Arbeiter in den Betrieben, der Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden, Kleinhändler, der unteren und mittleren Beamten, der Opfer des Krieges, der Sportler, der Mütter, der Kleinrentner in dem Auschluß der Werkstätigen, die jede Aktion mit aller Energie unterstützen und vorwärts treiben.

Im festen Zusammenschluß, unter revolutionärer Führung im Kampf für die gemeinsamen Forderungen liegt die Gewohnheit des Sieges.

Gegen Faschismus und gegen imperialistische Kriegspolitik!

Gegen die Bürgerblockregierung und gegen jede Koalitionspolitik!

Für Auflösung des Reichstages!

Für den Sturz der Regierung!

Für den Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung!

6 Gehöfte durch Feuer vernichtet.

In Poyosalu, Kreis Oppeln, entstand aus bisher unauffälliger Urache ein Brand, der mit großer Geschwindigkeit um sich griff und 6 Gehöfte in Schutt und Asche legte. Der Sachschaden ist sehr groß.

Eine schwere Niederlage der Nordarmee

Wuhan, 22. Mai. (Teleg. Agentur „Tippkot“)

Die letzten Nachrichten von der Front berichten über die großen Siege der Truppen der Wuhan-Regierung. An der Honan-Front zerstörten die revolutionären Truppen vollkommen das 11. und 17. Korps der blauen Armee und rückten rasch vor. Auch der General Hsiao-tsun, der an der Wuhan-Regierung Berat begangen und sich den Truppen Yangtse angeschlossen hatte, erlitt eine völlige Niederlage. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß mit den Niederlagen der Division Hsiao-tsun in den nächsten Tagen endgültig aufgeräumt wird. In den letzten Tagen hat sich also die militärische Lage der Truppen der Wuhan-Regierung erheblich verbessert.

London, 23. Mai. (Telefunion.)

Nach Meldungen aus Shanghai hat General Feng Yu-hsiang bei Tsingtau die Nordtruppen geschlagen. Nach einem Bericht des Oberbefehlshabers der Hankau-Armee dauerte die Schlacht drei Tage. Die Nordtruppen sollen über 8000 Tote und 3000 Gefangene verloren haben. Die Rente an Schüssen, Maschinengewehren und Munition soll groß sein. Die Verluste der Hankau-Truppen werden mit 700 Mann angegeben.

Aus dem vierten Stock gestürzt

Die Morgenblätter melden aus Hamburg: Aus der im vierten Stock gelegenen Wohnung des Musters-Mosse, dessen fünfjähriges Tochterchen mit zwei Freunden spielte, hörten plötzlich die Eltern einen Schrei, lärmten ins Schloßzimmer und bemerkten, daß die beiden fremden Kinder in den Hof hinausgestürzt waren. Während das eine Kind tot war, warf das andere bald nach der Einführung ins Krankenhaus.

Die sächsische Bürgerblödregierung im Kampfe gegen die Werktätigen

Aus dem Referat des Genossen Landtagsabgeordneten Paul Böttcher auf der Landeskonferenz der Werktätigen Sachens am 21. und 22. Mai in Dresden geben wir folgendes wieder:

Eine der ungelösten Aufgaben der Revolution ist der deutsche Einheitsstaat, den zu verwirklichen der proletarischen Revolution in Deutschland vorbedacht bleibt. Die Zeit, in der der Kongress der Werktätigen tagt, ist gekennzeichnet von starken politischen Spannungen. Hinter verschlossenen Türen schließen die Agenten und Vertreter der Kapitalisten in Sachsen eine neue reaktionäre Regierung zusammen.

Die ökonomische Wiedererstarkung der Reaktion findet ihren Ausdruck darin, dass die Bourgeoisie ohne die SPD regiert. In Sachsen, wo die Bourgeoisie auf einen Teil der Arbeiter nicht verzichten kann, ist die SPD gespalten.

Heute stehen wir, wie die Arbeiterschaft aus einer Position nach der anderen herausgedrängt worden ist. Die gegenwärtigen Kämpfe der Arbeiter sind Verteidigungskämpfe. Angesichts der vor kurzem in Kraft getretenen Mietpreiserhöhung steht die Frage, wo bleibt der entsprechend hohe prozentuale Ausgleich der Löhne. Die Bezahlung der Arbeiter bleibt ständig hinter den Lebenshaltungsosten zurück. Mit dieser Entwicklung der Verelbstlichterung der Lage der breiten Schichten der Arbeiter und Werktätigen vollzieht sich ein anderer außerordentlich wichtiger Prozess. Langsam zieht sich im Proletariat die Erkenntnis vom wahren Charakter dieser Republik durch. Das entscheidende Merkmal der Entwicklung in der Arbeiterschaft ist die rasche Linkisierung. Die SPD macht verzweifelte Anstrengungen, die Arbeiter von dem gewaltigen Umgruppierungsprozess abzuhalten. Je mehr aber der Kapitalismus und der Produktionsapparat in Widerpruch mit den Lebensinteressen des Proletariats gerät, um so schwächer wird die Basis des Reformismus, um so weniger gelingt es den SPD-Führern, den Radikalisierungsprozess zu unterbinden.

In Sachsen zeigen sich die zugeigigsten Klassengegensätze in ihrer Stärke. Sachsen hat eine alte Arbeiterschaft mit alten Traditionen. Die SPD ist hier am stärksten verwurzelt. Sachsen ist aber auch das dichtbevölkerteste Land. Ein Drittel der gesamten Bevölkerung wohnt hier in den wenigen Großstädten. Damit ist aber auch eine außerordentlich wichtige Voraussetzung für den Klassenkampf gegeben. Etwa 94 Prozent der Gesamtbevölkerung ist erwerbstätig. Wie stark noch der Einfluss der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter ist, beweist, dass im Sächsischen Landtag die Hälfte der Abgeordneten bürgerlich ist. Sie alle haben ihre Wähler im Lager der Arbeiterschaft.

Das soziale Elend tritt in Sachsen in ausgeprägtester Form in Erscheinung. Die früher sprachwörtliche Not des Erzgebirges ist heute allgemein. Die Erwerbslosigkeit beträgt heute noch immer 150.000. Das sind mehr, als jemals in den Krisen des Kapitalismus in der Vorriegszeit. In den Schlüsselindustrien ist die Arbeitslosigkeit besonders hart. Die Gesamtziffer der Erwerbslosen liegt in Sachsen beständig über dem Reichsdurchschnitt. Während im Reich auf 1000 Einwohner 144,9 Arbeitslose zu verzeichnen sind, beträgt die entsprechende Ziffer in Sachsen 148,7.

Über die Entwicklung der Arbeiterparteien lässt sich folgendes sagen:

Die SPD vereinigte bei der Nationalratswahl 1920 insgesamt 60,1 Prozent sämtlicher Stimmen auf sich. Seit dieser Zeit ist ein beständiger, fortwährender starker Rückgang zu verzeichnen, so dass die SPD bei den letzten Landtagswahlen nur noch etwa die Hälfte, genau 32,2 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten hat.

In den 8 Jahren hat also die Sozialdemokratische Partei die Hälfte ihres gesamten Wahlbestandes eingebüßt.

Nun will aber die SPD die Arbeiterschaft mit dem Stimmzettel zum Sozialismus führen. Ihre Stimmen müssten sich also, anstatt zu verringern, beständig erhöhen. Die Ursachen des Rückgangs brauchen im einzelnen nicht noch einmal genannt zu werden, sie liegen offen auf der Hand.

Für die Kommunistische Partei liegen die Dinge gerade umgedreht. Sie erhält bei ihrer ersten Beteiligung an den Parlamentswahlen im Jahre 1920 in Sachsen 4,4 Prozent und verlor am 31. Oktober 1926 insgesamt 11,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf ihrer Liste.

Während die SPD einen rapiden Rückgang aufzuweisen hat, konnte die KPD eine deutliche Steigerung verbuchen.

In Sachsen haben wir die verschiedensten Regierungen gehabt. Die SPD hatte in Sachsen hinzweilen Gelegenheit, die praktische Durchführung ihrer Grundideen zu demonstrieren.

Eine Periode von 8½ Jahren liegt heute hinter uns. Die Rolle der SPD ist darin immer die gleiche gewesen: Verhindern der proletarischen Revolution. Dabei muss die Tätigkeit und Politik der gesamten SPD in Rechnung gestellt werden. Die sogenannten sächsischen Linken können bei dieser Betrachtung keine Reservestellung einnehmen, sie sind in vollem Umfang für die SPD-Politik im Reiche verantwortlich.

Für die Bourgeoisie steht heute nicht mehr die Frage: Monarchie oder Republik, für sie handelt es sich nur noch darum:

Wer herrscht im Staate?

In der Republik ist für die Bourgeoisie ein größerer Spielraum zur ungehemmten Ausplunderung der Arbeiter gegeben. Bei der Verhöhnung der Lage werden die Befürchtungen der Reformisten, Arbeitsgemeinschaft und Koalitionspolitik vor den Arbeitern immer mehr kompromittiert. Der Monarch der Arbeiter ist in der Regel der Revolutionäre drückt sich auch aus im parlamentarischen Käfigverhältnis zwischen KPD und SPD. Standen beide Fraktionen früher wie 1:4 gegenüber, so stehen sie jetzt wie 1:2 gegeneinander.

Woher das wachsende Misstrauen der Arbeiter zur SPD kommt, erscheint bei Berücksichtigung der hinter uns liegenden Dinge nicht verwunderlich. Erinnert sei nur an die Tatsache, wie sich die SPD für die Wahl des Zentrumsmannes Marx eingesetzt, der heute der Regierungschef des Hindenburgblodes ist. Die Entwicklung hat auch in dieser Frage den Kommunisten Recht gegeben. Die SPD ist heute noch in den größten Koalitionsgremien im Reich vertreten.

Die SPD wollte die Demokratisierung der Verwaltung durchsetzen. Was erlebten wir aber von ihrem Heer von Zehntausenden, in dem Verwaltungsapparat und im Regierungssapparat stehenden Parteigängern? Was für Erfah-

rungen haben wir mit den sozialdemokratischen Polizeipräsidien gemacht?

Sie wurden mit dem goldenen Seil ihres Monatsgehaltes an den kapitalistischen Staat gefestelt.

Die Umgruppierung im Lager der Bourgeoisie ist nicht weniger wichtig. Die Wirtschaftspartei und ihre 10 Mann im Landtag sind genau so wie die 4 Aufmerker ein Zeichen für die ideologischen Wandlungen im Kleinbürgertum. Vor einem halben Jahrzehnt riefen die Aufmerker: „Kommt zu uns alle, die ihr mühselig und beladen seid, wir wollen euch aufwerten!“ Heute aber, nachdem wir eine halbjährige Bildung des Bürgerblödregierung in Sachsen, wo uns haben, glaubt keines der betrogenen Inflationsoffiziere mehr an diesen Aufwertungsschwind. Heute gehören die 4 Aufwertungspartier dem Prüff des Oberbürgemeisters Blüher, der der Scheiter der Bürgerblödregierung ist.

Die Politik des Bürgerblöds.

Die 7 Rokaille des sächsischen Bürgerblödgebildes zusammenzuhalten, ist wirklich nicht so einfach. Die lästige Regierung betrachtet sich selbst als Alliée des Bürgerblödregierung im Reich. Allen arbeiterfeindlichen Gelehrten hat sie ihre Zustimmung gegeben. Die Schiedsprüche in Sachsen zeigen das gleiche Bild. Die AG Sächsische Werke wurde für die Unternehmer als Musterbeispiel für Ausbeutung gemacht, während dort beschäftigte Direktoren Jahresgehalte bis zu 120.000 M. erhalten. Die Betriebsräte aber wurden auf die Straße geworfen.

Die sächsische Justiz hat mit dem Antikriegsbeschluß bei Lüttich u. Krüger gezeigt, wie sie auch ohne Antikriegsgelehrten Arbeitern das Streikrecht nehmen will. Hier zeigt sich vor der gesamten Arbeiterschaft, wie sehr diese Fragen Machtfaktoren sind. Die Arbeiter aber dürfen sich nicht von den Männern in der Schwarzen Armee mit den Paragraphen erdrücken lassen.

In den sächsischen Justizhäusern sitzt die Hälfte aller Frauengesetzten wegen den Schandparagraphen 218/19, während sich die Männer der Bourgeoisie in Weltläden zu helfen wissen.

Der sächsische UDGK

Ist die Stütze dieser Regierung. Erst vor wenigen Tagen hat er noch eine Vertrauenskundgebung für Eisner unternommen. Wo ist sein Kampf gegen die Schiedsprüche, den Mietmischer? In den Gewerkschaften muß der härteste Kampf gegen den Bürgerblöd geführt werden.

Bei der kommenden Umbildung der sächsischen Regierung sollen die Deutschnationalen das Kultusministerium bekommen. Sie sollen das Amt für Sachsen verwirken. Wichtiger aber als die Frage: Wer soll in die Regierung hinein, ist die andere: Wer soll heraus? Dass die Deutschnationalen in die Regierung einziehen werden, ist so gut wie sicher. Die kleinen Gruppen der Aufmerker und der KSPS werden vor die Frage gestellt: Ach Vogel oder Kieß? Entweder sie zeigen sich gefügig, oder sie erhalten den Friststrich.

Wie soll nun der Kampf in Sachsen geführt werden?

Die SPD steht in Opposition. Aber führt sie denn irgendwelchen ernsthaften Kampf? Wie sieht die Praxis der sächsischen Opposition aus, die radikale Anträge zum Kieler Parteitag stellt? Die SPD will bekanntlich nur solche Oppositionsanträge im Landtag stellen, die sie selber durchführen werden, wenn sie in der Regierung sitzen. Sie gefallen sich also in der Rolle „Seiner Majestät geborene Opposition“. Jede Aufforderung zum gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf wurde von den zentralistischen Führern mit den fadenscheinigsten Gründen abgelehnt.

600.000 Arbeiter sind in Sachsen freigewerkschaftlich organisiert. Nach der Sitzungnahme der SPD-Führer gehören die Forderungen der Gewerkschaften nicht vor das Parlament. Die Bourgeoisie aber versteht es glänzend, diese Institution des de-

mokratisch-kapitalistischen Staates für ihre wirtschaftlichen Interessen dienstbar zu machen. Die SPD-Führer verzichten auf die Durchsetzung der Arbeitersforderungen. Diese Haltung hat zur Folge ein immer härteres Herausbilden der Arbeitersopposition innerhalb der SPD. Was aber tun die linken Führer? Sie schließen die oppositionellen Elemente aus. In Sachsen liegen die Arbeiten des Klassenkampfes zwischen Arbeitern und Kapitalisten am lädiert. Deshalb sind auch die Differenzen über die tatsächlichen Fragen des Kampfes der Bourgeoisie gegenüber in Sachsen am härtesten ausgeprägt.

Heute wird das Beispiel der russischen Revolution 10 Jahre Geschichte. In Deutschland aber haben wir 9 Jahre Experimente, Niederlagen der Arbeiter, 9 Jahre Knachischaft, Justizhäuserregime und Arbeitermord.

Jetzt ist es die höchste Zeit, die geschlossene Front aller Werktätigen zu schaffen zum Kampf gegen den Bürgerblöd. Und heute hat mehr denn je das Wort Bedeutung: Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur ihr eigenes Werk sein!

Nach der Rede an das Referat des Genossen Böttcher anlässlich der Diskussion über die wir bereits gestern kurz berichteten, hielt Genosse Böttcher folgendes Schlusswort:

Die Diskussion hat den einmütigen Willen des Kongresses für den geschlossenen Kampf zum Ausdruck gebracht. Das ist bereits ein erstes wichtiges Ergebnis des Kongresses. Es zeigt viele Tatsachen die günstigsten Aussichten für die Geschlossenheit künftiger Kämpfe. Zwei Fragen sind in der Diskussion berichtet worden, auf die eine kurze Antwort notwendig ist. Sind die Auseinandersetzungen mit der SPD notwendig? Hierzu ist folgendes zu sagen: Es wäre uns Kommunisten weit angenehmer und für die gesamte Arbeiterschaft vorteilhafter, die ganze Kraft könnte auf die Niederwerfung der Bourgeoisie konzentriert werden. Man braucht nicht innerhalb der Arbeiterschaft den Kampf zwischen Kommunismus und Reformismus zu führen. Sollte die Sozialdemokratie den Marxismus nicht vorgegeben, wäre sie die alte revolutionäre Arbeiterpartei von Marx und Engels. Beide geblieben dann hätte die Kommunistische Partei keine Existenzberechtigung. (Zustimmung.) Die Arbeiterschaft hat sich jedoch unter schweren Opfern die Kommunistische Partei geschaffen, die den Kampf weiterführt im Sinne der Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus und der historischen Lehren der russischen Revolution. Der Reformismus ist mit dem Kapitalismus ein Bündnis eingegangen. Wer in einem Bündnis mit der Bourgeoisie steht, der kann nicht für den Sozialismus kämpfen. Auch die Tagesschlüsse des Proletariats können von denen nicht als Mittel zur Stärkung der Arbeiterschaft für ihren revolutionären Sieg geführt werden, die bei jeder politischen Handlung fragen: Was werden unsere bürgerlichen Verbündeten dazu sagen? (Zustimmung.) Für die Vorbereitung der proletarischen Revolution ist die Auseinandersetzung mit dem Reformismus überhaupt Voraussetzung. Gegenüber einigen Einwendungen eines unpolitischen Delegierten weiß Genosse Böttcher darauf hin, dass die Unionisten sich entweder der kommunistischen Bewegung anschließen müssen, oder weiter in unzählige Gruppen und Splitter sich spalten werden.

Weiter weiß Genosse Böttcher darauf hin, dass in der Diskussion die Erkenntnis der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Deutschnationalen Bürgerblöd in Sachsen klar zum Ausdruck gekommen ist. Der Kongress der Werktätigen soll für die breiten Massen ein Signal sein. Der außerparlamentarische Kampf gegen den Bürgerblöd muss in alle Städte und Dörfer Sachsen getragen werden. Überall müssen Protestkundgebungen und Demonstrationen gegen den Deutschnationalen Bürgerblöd von der Arbeiterschaft in Verbindung mit den arbeitenden Mittelschichten und Kleinbauern durchgeführt werden. (Zustimmung.) Die Delegierten müssen hinausgehen ins Land, getragen und erfüllt vom Ernst ihrer Aufgabe, erfüllt vom Willen zum Kampf, vom Willen zur Einheit und vom Willen zum Sieg.

Odyssenus und die Sirenen,



das ist ein Bild, das jeder oft gern gesehen hat. Aber nicht nur die Sirenen mit ihren betörenden Liedern waren eine Gefahr für den göttlichen Helden, sondern auch Scylla und Charybdis, die heute noch sprachwörtlich sind, bedrängten ihn grimmig. Gegen so schlimme Ungeheuer muß man allen Mut zusammennehmen, wie es Odyssenus getan hat, und am Ende ent kann er doch den Gefahren. Man entwaffnet keinen Widersacher leichter, als wenn man ihm

Greiling-Schwarz-Weiß zu 48

präsentiert. Diese würzig-milde Marke, die sowohl die Sirenen gestillt, wie Scylla und Charybdis beruhigt hätte, gleicht jede Mißlichkeit aus und ist das probatissste Mittel, auf jede Mißstimmung oder Ungemach Versöhnung und Frieden zu bringen.

